

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion auf Annahme einer Entschließung

Volle Solidarität mit Israel – Israelhass und Antisemitismus endlich entschieden bekämpfen

Das Abgeordnetenhaus verurteilt auf das Schärfste den brutalen Terrorangriff der Hamas auf Israel. Angesichts der feigen Verbrechen palästinensischer Terroristen gilt unsere volle Solidarität Israel, den Menschen in Israel und den israelischen Staatsbürgern hier in Berlin. Unsere Gedanken sind bei all denen, die ihre Angehörigen verloren haben, die verletzt wurden oder sich in der brutalen Geiselhaft der Hamas und anderer terroristischer Gruppen befinden.

Zu unserer uneingeschränkten Solidarität gehört aber auch, Israelhass und Antisemitismus in Berlin endlich entschieden zu bekämpfen. Antiisraelische und antisemitische Aufzüge in Berlin dürfen nicht länger hingenommen werden. In Berlin ist eine ‚Fünfte Kolonne‘ des palästinensischen Terrors herangewachsen, die durch illegale Zuwanderung immer weiter genährt wird. Die illegale Einwanderung nach Berlin muss auch deshalb endlich entschieden unterbunden und alle Ausreisepflichtigen konsequent abgeschoben werden. Wer als Bürger eines anderen Landes den Terror gegen Israel gutheißt, hat in Deutschland nichts verloren. Die Berliner wollen keine Gegengesellschaften und schon gar kein zweites Gaza mitten in Berlin.

Der Rechtsstaat muss deshalb jetzt entschieden handeln:

Alle der Hamas und der PFLP nahestehenden Organisationen wie ‚Samidoun‘ müssen als Terrorunterstützer verboten werden.

Alle öffentlichen Mittel an Vereine und Organisationen in Berlin, die den Terrorangriff auf Israel gutheißten, müssen umgehend gestrichen werden.

Antiisraelische und antisemitische Aufzüge müssen verboten oder umgehend unterbunden werden, sofern sie spontan stattfinden. Das Abgeordnetenhaus erklärt der Polizei seine Rücken- deckung für die konsequente Durchsetzung entsprechender Versammlungsauflagen.

Jegliche Unterstützungsleistungen in die palästinensischen Gebiete, sowohl direkt als auch indirekt über die EU und internationale Organisationen, müssen sofort gestoppt werden. Es kann nicht sein, dass der Aufbau terroristischer Strukturen sowie die Unterstützung der Familien inhaftierter oder getöteter palästinensischen Terroristen weiterhin von Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland oder der EU kofinanziert werden.

Die beschämenden Vorgänge um die *documenta fifteen* und die Konferenz ‚Hijacking Memory‘ im Haus der Kulturen der Welt rufen darüber hinaus in Erinnerung, dass der israelbezogene Antisemitismus im Zuge postkolonialer Debatten immer weiter in unsere Gesellschaft ein- sickert. Es ist deshalb dringend geboten, sämtliche Projekte postkolonialer Erinnerungskultur umgehend auf den Prüfstand zu stellen und alle Akteure auf eine Agenda gegen Antisemitismus in jeglicher Form zu verpflichten, welche auch eine Distanzierung von BDS einschließen muss. Linker israelbezogener Antisemitismus muss genauso geächtet werden wie rechter Antisemi- tismus.

Fünfzig Jahre nach dem Jom Kippur Krieg ist der Staat Israel erneut gezwungen, sein Recht auf Existenz und nationale Sicherheit militärisch zu verteidigen. Dabei ist es auch unsere Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass das Kalkül der Hamas und anderer terroristischer Gruppen nicht aufgeht, den Konflikt nach Europa zu tragen.

Wer den gegen Israel gerichteten Terror zum Anlass nimmt, um jüdisches Leben in Berlin anzugreifen oder infrage zu stellen, muss mit unserer entschiedenen Gegenwehr rechnen. Wir stehen an der Seite der Juden in Berlin und stellen den notwendigen Schutz der jüdischen Einrichtungen in Berlin selbstverständlich vollumfänglich sicher.

Berlin, den 10. Oktober 2023

Dr. Brinker Gläser Trefzer Hansel Woldeit
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion